

US-Orden für Kiews Helden

Geld-Prämien für Kiews Soldaten

Autor: U. Gellermann

Datum: 02. Februar 2015

Es war eine rührende Szene, als Frederick "Ben" Hodges, der Befehlshaber aller Streitkräfte der NATO und der USA in Europa, in der vergangenen Woche das Zentrale Militär-Krankenhaus in Kiew besuchte und dort einen Soldaten der ukrainischen Armee mit einem Ehrenzeichen der 7. US-Armee, die man auch als US Army Europe kennt, auszeichnete: "Ich bin stolz darauf, wie Sie ihrem Land dienen". Hodges, der seinem blutigen Geschäft auch schon im Irak und in Afghanistan nachging, hätte auch sagen können: "Wie Sie meinem Land dienen", schließlich schätzen die USA den Ukraine-Krieg als antirussischen Störfall sehr. Übertragen wurde die höchst patriotische Angelegenheit vom Online-TV-Sender Hromadske.TV. Das ist ein Laden, der laut eigenem Jahresgeschäftsbericht "Spenden" von der niederländischen Botschaft, und der US-Botschaft in Kiew und auch vom International Renaissance Fund (IRF) bekommt. Der IRF ist eine von George Soros finanzierte ukrainische Stiftung, die zu seiner Open Society Foundation gehört.

Der Multimilliardär Soros, der sein Geld durch Spekulationen gegen diese oder jene Währung verdient hat - "Down with the D-Mark!" rief er einst aus und es klappte - investiert sein Kleingeld gern in Regime-Wechsel: Die jeweils neuen Regierungen sind dann reif für die "Liberalisierung des Marktes". Die Übersetzung des Begriffs "Marktliberalisierung" ins Anständige heißt, dass man für den Finanz-Terror gegen Staaten und Völker auf keinen Fall bestraft wird oder ins Gefängnis kommt. Soros hatte jüngst gemeinsam mit Bernard-Henri Lévy im Feuilleton der FAZ einen Artikel. Überschriften war das Elaborat nicht mit "Der Schwätzer und der Spekulant - Hand in Hand", sondern mit "Wir müssen der Ukraine helfen." Als der vorgebliche Philosoph Lévy mal den Libyern half, als er den damaligen französischen Regierungschef Sarkozy zum Krieg gegen Gaddafi bequatschte, hatte das 50.000 tote Libyer zum Ergebnis. Jetzt barmen Lévy und Soro: "Der Verlust der Ukraine wäre ein gewaltiger

Verlust für Europa" und fordern die EU zu mehr Finanzhilfe für Kiew auf. Das wäre dann frisches Geld für Soros-Geschäfte. Lévy, der schon mal Aufsichtsratsvorsitzender beim Sender ARTE war, könnte sicher einen Job bei Hromadske.TV bekommen.

Wer den Ukraine-Krieg verlängern will, muss der Kiewer Oligarchie dringend Geld in die Taschen stopfen. Denn im Rahmen der totalen Marktwirtschaft hat die ukrainische Armee ihren Soldaten jetzt Prämien versprochen: Wer einen gegnerischen Panzer erledigt, bekommt 2.400 Euro, für ein abgeschossenes Kampfflugzeug gibt Kiew 6.000 Euro aus. Der schlichte Einsatztag "an der Front" bringt nur 50 Euro. Dass der Soldat, der zwei feindliche Ohren von der Front mitbringt, auch Geld bekommt, ist sicher nur ein Gerücht. Obwohl, wenn man dem Sender Hromadske.TV folgt, der im April letzten Jahres verbreitete es gäbe in der Region Donezk mindestens 1,5 Millionen "unerwünschte Menschen", die "nicht mehr gebraucht werden", dann könnten die feindlichen Ohren doch eine Rolle spielen. Der Schwätzer und der Spekulant lobten in ihrer unbezahlten Anzeige in der FAZ die neue ukrainische Finanzministerin Natalija Enn Jaresko: Die würde für nur wenige hundert Dollar im Monat arbeiten. Die Dame ist gelernte Spekulantin, kommt aus den USA, gründete im Jahr 2006 die Investmentbank Horizon Capital und hedgte so vor sich hin bis sie zum Hauptfinanzier der Stiftung "Open Ukraine ? Arseniy Yatsenyuk Foundation" wurde. Dort traf sie sich dann mit den anderen Finanziers des heutigen ukrainischen Ministerpräsidenten Yatsenyuk: Der NATO, dem German Marshall Fund und dem US-Außenministerium.

Die West-Europäer zeigen sich bisher eher geizig. Was sind schon ein paar hundert Millionen für Kiew, wenn sich die Ohren-Prämie durchsetzen sollte. Aber wenn es gegen den Russen geht und es nicht allzuviel kostet, dann ist man dabei: Gerade jetzt hat der "Europarat", ein Verein, der dem Dialog zwischen den Staaten dienen soll, den Russen für weitere drei Monate das Stimmrecht im Rat entzogen. Wozu Dialog in Kriegszeiten? Das verwischt doch nur die Fronten. Klarer wäre es, wenn der Europarat der 7. US-Armee zugeordnet und seinem aktuellen Generalsekretär ein paar militärische Ehrenzeichen angeheftet würden. Der dem Rat angegliederte "Europäische Gerichtshof für Menschenrechte" könnte dann Wladimir Putin wegen brutaler NATO-Verweigerung anklagen und so ganz nebenbei eine Generalamnestie für

Ohren-Abschneider anordnen. Man kann ja nie wissen wann sie gebraucht wird.